

Teure Rettungsringe für Wasserkraftwerke

20. Mai 2015

Die Forderungen der Strombranche nach hohen Subventionen stossen bei Economiesuisse auf Ablehnung und bei der Linken auf Skepsis

2014 schaffte es die Wasserkraft-Lobby, Subventionen für neue Anlagen mehrheitsfähig zu machen. Nun sind Gelder für alte Anlagen das Ziel. Experten bezweifeln, dass das nötig ist.

Davide Scruzzi

Innerhalb weniger Jahre haben sich die Wasserkraftwerke in Sorgenkinder verwandelt. Die aufgrund der schleppenden Konjunktur und der Subventionierung von erneuerbaren Energien gesamt-europäisch tiefen Strompreise haben die Renditen gesenkt. Forderungen nach Subventionen prägen die Debatte um die Energiestrategie 2050. Die ständerätliche Energiekommission berät kommende Woche darüber, nachdem der Nationalrat als Erstrat das Gesetzspaket zum Atomausstieg 2014 um eine Subvention angereichert hat.

Viel Geld gefordert

Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) verlangt eine Aufstockung der vom Nationalrat als Erstrat beschlossenen Fördermittel für die Erneuerung bestehender und den Bau neuer Anlagen. Konkret geht es um den dafür vorgesehenen Anteil der Stromabgabe zur Alimentierung des Ökostrom-Subventionssystems kosten-deckende Einspeisevergütung (KEV). Um den angestrebten Ausbau um zwei Terawattstunden auszulösen, müssten die vom Nationalrat beschlossenen Mittel erhöht werden, so eine revidierte VSE-Forderung. Der vom Nationalrat beschlossene Wasserkraftanteil an der KEV-Stromkundenabgabe, die derzeit 1,1 Rappen pro Kilowattstunde (KWh) beträgt, würde von 0,1 auf 0,5 Rappen pro Kilowattstunde steigen, sagt VSE-Sprecher Guido Lichtensteiger. Der vom Nationalrat beschlossene Anteil von 0,1 Rappen pro Kilowattstunde machte noch 574 Millionen Franken im Jahr aus. Die Forderung des VSE zielt



Auch mit dem Verzasca-Damm lässt sich heute weniger Geld verdienen als im letzten Jahrzehnt.

SAMUEL GOLAY / TI-PRESS / KEYSTONE

auf 300 Millionen Franken. Auch Pumpspeicherkraftwerke sollen Geld erhalten. Für bestehende Anlagen verlangt der VSE neue Mittel im Umfang einer Stromkundenabgabe von 1 Rappen pro KWh, für «notwendige Unterhalts- und Ersatzinvestitionen». Daraus würden etwa 574 Millionen Franken resultieren. Insgesamt würden also die Stromkunden zusätzlich zu anderen Fördermitteln für erneuerbare Energien jährlich rund 900 Millionen Franken für grosse Wasserkraftwerke aufbringen müssen.

Studien des Bundesamts für Energie (BfE) relativieren die Situation und orten da und dort weiterhin eine «angemessene Eigenkapitalrendite». Probleme

wären besonders Pumpspeicherkraftwerke. Als nachteilig beurteilt die von ETH-Experten verfasste Studie die kantonalen Abgaben für die Wasserkraft, die zu einer «nicht marktorientierten Besteuerung» führten und die Wettbewerbsfähigkeit schwächten.

Eine vom Nationalrat angenommene Kommissionsmotion verlangt denn, die vom Bund regulierten Wasserzinse im Hinblick auf das Auslaufen der heutigen Regelung auf 2019 zu revidieren. Der VSE unterstützt dies und will die geforderten Beiträge für bestehende Anlagen auf fünf Jahre begrenzen. Die Strombranche stösst mit ihren Forderungen nicht nur in der Bundesverwal-

tung auf Skepsis. Weitere Strompreiserhöhungen sind den Grosskunden ein Dorn im Auge; die jetzige Regelung erlaubt zudem nur wenigen Firmen, sich von der KEV-Abgabe entlasten zu lassen. Für die bürgerliche Position wichtig ist das klare Nein von Economiesuisse: Bei einem europaweiten Überangebot noch den Ausbau zu fördern, sei falsch, so Kurt Lanz von Economiesuisse.

Ivo Bischofberger (Innersachsen, cvp), Präsident der ständerätlichen Energiekommission, betont, dass die Kommission die Probleme der Wasserkraft ernst nehme. Darum habe man auch beim BfE Studien zu weiteren Fördermodellen angefordert. BfE-Vizedi-

rektor Pascal Previdoli äusserte sich in den letzten Wochen da und dort mit dem Vorschlag, der Bund könne finanziell angeschlagene Kraftwerke ja kurzzeitig selbst übernehmen – das nun nicht mehr vom BfE bestätigte Modell löste in der Branche hitzige Debatten aus. SP-Energiepolitiker Roger Nordmann findet den Vorschlag prüfenswert, gerade mit Blick auf die neuen Pumpspeicherkraftwerke Linth-Limmern und Nant de Drance. Ivo Bischofberger erwartet aber nicht, dass der Ständerat zu gänzlich neuen Instrumenten greifen würde.

Versteckte Hilfe für AKW?

Im Allgemeinen ist aber die Linke skeptisch gegenüber Subventionen im grösseren Stil, welche am Schluss die Fördergelder für Solar- und Windkraftanlagen stutzen könnten. Der grüne Ständerat Robert Cramer sieht denn flächendeckende Subventionen eher als Mittel, die Haut der Überlandwerke zu retten. Es drohe eine versteckte Subvention der AKW, die ebenfalls mit den tiefen Marktpreisen kämpfen. Im schlimmsten Fall eines Konkurses eines Stromkonzerns könnten ja die Kantone und Gemeinden direkt als Käufer einspringen, so Cramer, der durchaus das Ziel verfolgt, dass die Wasserkraft in Schweizer Hand bleibt.

Thomas Schmid von der Investmentfirma Fontavis sieht indes in der Schweizer Wasserkraft ein Feld für neue in- und ausländische Investoren; doch seien die jetzigen Eigentümer nicht bereit, in «dem aktuellen Markt entsprechende und risikoadjustierte Kaufpreise zu akzeptieren». Schmid relativiert die Klagen: Immerhin könnten aufgrund der nicht vollständigen Marktöffnung viele Kraftwerke ihre Kunden zu Monopolpreisen beliefern. Die heutige Preisbaisse sei zwar problematisch, aber, wenn man die letzten Jahrzehnte betrachte, kein Novum. Die Firmen hätten gegen dieses preisliche Risiko Reserven bilden müssen, sagt Schmid.

Meinung & Debatte, Seite 19